

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an den Herrn Regionspräsidenten,

durch die neun Abgeordneten der Fraktion der Alternative für Deutschland in der  
Regionsversammlung Hannover,

gemäß § 56 S 2 NKomVG in Verbindung mit § 9 Geschäftsordnung d. Regionsversammlung  
vom 15. November 2016,

zu einer möglichen Schädigung der Region durch Sozialbetrug.

#### Quellen:

- Doris Heimann, „Sozialbetrug mit mehreren Identitäten?“, in: HAZ vom 2. Januar 2017, S. 7;
- Reinhard Bingener, „Im Dickicht des Asylsystems“ :  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sozialbetrug-durch-asylbewerber-in-niedersachsen-14602033.html>
- Peter Jagla, „Scheinidentitäten: Sozialbetrug in Millionenhöhe“:  
[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig\\_harz\\_goettingen/Scheinidentitaeten-Sozialbetrug-in-Millionenhoehe,scheinidentitaet100.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Scheinidentitaeten-Sozialbetrug-in-Millionenhoehe,scheinidentitaet100.html)

#### Sachverhalt:

Den oben bezeichneten Quellen wird folgendes Lagebild entnommen:

Im Jahr 2015 gelang es einer Anzahl von Asylbewerbern, sich bei der BAMF-Landesaufnahmestelle Niedersachsens in Braunschweig mit mehreren Identitäten wiederholt registrieren zu lassen.

Indem infolgedessen einzelne Asylbewerber über mehrere Identitäten, unter denen sie in Braunschweig registriert worden waren, unterschiedlichen Kommunen zugewiesen wurden, konnten sie sich unberechtigterweise in diesen Kommunen jeweils Leistungen gemäß AsylbLG auszahlen lassen. Dieser Sozialbetrug blieb über einige Zeit unbemerkt.

Eine Sonderkommission in Braunschweig, deren Spezialisierung offenbar Kriminalität durch Asylsuchende ist, ermittelt jedoch inzwischen in 300 Betrugsfällen nach der beschriebenen Tatmethode.

Diese Sonderkommission nimmt an, dass in Niedersachsen hierdurch ein Schaden in einer Höhe zwischen 3 und 5 Millionen € verursacht worden ist.

**Die Abgeordneten der AfD-Fraktion in der Regionsversammlung Hannover möchten wissen:**

1. Ist die Region Hannover als Trägerin von Leistungen gemäß AsylbLG durch diese Erscheinungsform von Sozialbetrug geschädigt worden? Wurden durch Städte und Gemeinden, die von der Region im Rahmen der Leistungserbringung herangezogen sind, Leistungen gemäß AsylbLG an Unberechtigte mit Scheinidentitäten erbracht?
2. Insoweit zutreffend: Welche Städte und Gemeinden im Regionsgebiet sind betroffen?
3. Wie hoch ist der finanzielle Schaden, welcher der Region Hannover so entstanden ist?
4. Sind bei der Verwaltung innerhalb der Region Hannover Maßnahmen eingeleitet worden, um mögliche Leistungserschleichung durch Unberechtigte mit Scheinidentitäten zu verhindern oder zu erschweren?
5. Wird durch die Verwaltung, insofern entsprechende Betrugsversuche identifiziert würden, konsequent Strafanzeige erstattet?
6. Würden ggfs. Anstrengungen zur Rückforderung von unberechtigtweise bezogenen Leistungen gegen Asylsuchende unternommen?



(Christian Zachmann, Referent)